

Hendrik Streeck warnt: Opioidkrise droht jetzt auch in Deutschland!

Hendrik Streeck warnt als neuer Drogenbeauftragter vor der Opioidkrise in Deutschland und kündigt Maßnahmen gegen Drogenmissbrauch an.



Bonn, Deutschland - Hendrik Streeck, der neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete der CDU, warnt eindringlich vor einer möglichen Übertragung der verheerenden Opioidkrise aus den USA nach Deutschland. In seiner Funktion möchte Streeck aktiv gegen den Missbrauch opioidhaltiger Schmerzmittel vorgehen und kündigt ein umfassendes Maßnahmenpaket an. „Diese Substanzen gelangen häufig über das Internet, insbesondere an Jugendliche“, so Streeck. Um dem entgegenzuwirken, fordert er eine starke Polizeiarbeit, mehr Aufklärung und Prävention sowie eine verbesserte Suchthilfe. Ein Maßnahmenplan soll in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts entwickelt werden, wobei Streeck auf seine Erfahrungen aus neun Jahren in den

USA verweist, wo er die Auswirkungen der Opioidkrise hautnah miterlebt hat. Laut Streeck sind seit 1999 Hunderttausende Menschen in den USA durch den Missbrauch von Opioiden gestorben.

Des Weiteren betont Streeck, dass die Debatte über die Cannabis-Politik nicht vereinfacht werden dürfe. „Die Bedenken von Eltern, Polizisten, Lehrkräften und Mediziner*innen müssen stärker einbezogen werden“, erklärt der Drogenbeauftragte. Im Koalitionsvertrag haben die Union und die SPD vereinbart, die Legalisierung von Cannabis bis Herbst 2023 auf wissenschaftlicher Basis zu überprüfen. Das Legalisierungsgesetz, das seit dem 1. April 2024 gilt, erlaubt Volljährigen den Konsum von Cannabis unter bestimmten Bedingungen. Streeck sieht in dieser Thematik ein zentrales Anliegen seiner Drogenpolitik.

Fokus auf Mediensucht und Gesundheitsaufklärung

Ein weiterer Schwerpunkt von Streecks Arbeit wird der Kampf gegen Mediensucht bei Kindern und Jugendlichen sein. Laut DAK leiden 1,3 Millionen Jugendliche an riskantem Medienverhalten, was als zunehmend besorgniserregend gilt. Um diesem Trend entgegenzuwirken, plant er Gespräche mit Gesundheitsministerin Nina Warken und Bildungsministerin Karin Prien.

Die Ampelkoalition hat 2024 eine „kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken“ beschlossen. Dabei stehen die schnell in Betrieb genommenen „Social Clubs“ in Niedersachsen unter der neuen Regierung auf der Kippe. Diese Entwicklung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem in Deutschland das medizinische Cannabis seit 2017 zur Behandlung von rund 40 Erkrankungen verwendet werden darf, und die Kosten jährlich in die Milliarden gehen. Medizinisches Cannabis wird zunehmend als kostengünstige und risikoarme Alternative zu opiathaltigen Präparaten angesehen.

Die Perspektive der Legalisierung

Die Legalisierung von Cannabis könnte auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Schätzungen zufolge könnte der Staat durch Steuereinnahmen und Einsparungen bei Polizei und Gerichten von etwa 4,7 Milliarden Euro profitieren. Cannabis bleibt die meistkonsumierte Droge weltweit, mit einer Konsumprävalenz von über 5% in der Erwachsenenbevölkerung. In Deutschland hat fast jeder dritte Erwachsene mindestens einmal Cannabis konsumiert, bei jungen Erwachsenen liegt dieser Anteil sogar über 40%. Streeck ist sich bewusst, dass die Legalisierung nicht unproblematisch ist; die Diskussion über steigenden Konsum ist nach wie vor umstritten, allerdings zeigen Länder mit liberalen Cannabisgesetzen keinen sprunghaften Anstieg von Abhängigkeiten.

Details	
Vorfall	Drogenkriminalität
Ort	Bonn, Deutschland
Quellen	• www.maz-online.de • www.zdfheute.de • de.statista.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net